

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

Die Wirtschaftslage hat sich im Monat September den Berichten des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe zufolge weiter gebessert. Wenn auch vorübergehende Umstände, wie der englische Kohlenstreit, an der Besserung wesentlich teilhaben, so lassen doch andere Umstände, wie die allgemeine politische Lage, die fortschreitende Regelung unseres Handelsverkehrs mit dem Auslande, die Stärkung des Kapitalmarktes und vor allem der Abschluß des internationalen Stahlkartells, die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Besserung nicht nur vorübergehend sein wird. Allerdings ist die Handelsbilanz auch im August noch mit 135 Millionen M. passiv gewesen, wobei die verspätete Ernte in Rücksicht zu ziehen ist; auch ist die Lage des Arbeitsmarktes bei 1 484 000 Hauptunterstützungsempfängern trotz allmählicher Besserung immer noch besorgniserregend. Im Handwerk hat die Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft zu einer Belebung geführt, die jedoch noch uneinheitlich ist. Vom Baumarkt gehen leise Anregungen aus. Auch sonst hört man hier und da hoffnungsfreudigere Stimmen. Im ganzen aber ist alles, was an Besserungszeichen unbestreitbar vorhanden ist, doch noch sehr geringfügig. Immerhin läßt das allmählich zunehmende Vertrauen auf einen langsamen Aufstieg für die Wintersaison wenigstens einiges erhoffen.

Die Entwicklung in Amerika, die, wie wir im letzten Bericht ausführlicher darzutun versucht haben, für die Weitergestaltung der Weltwirtschaftslage überhaupt und damit auch für die unsrer Wirtschaftslage im besonderen von ausschlaggebender Bedeutung ist, hat sich in den letzten Wochen sehr wesentlich in der Richtung weiter vollzogen, die wir vor einem Monat hier andeuteten. Staatssekretär Mellon und die führenden Finanziers, die im Sommer Europa bereist und hier mit allen maßgeblichen Stellen Fühlung genommen haben, sind zur Berichterstattung heimgekehrt, und in diesen Tagen soll eine eingehende Aussprache unter dem Vorsitz des Präsidenten Coolidge stattfinden, zu der auch die amerikanischen Gesandten der wichtigsten europäischen Hauptstaaten nach Washington geholt werden, was die Wichtigkeit dieser Verhandlungen ohne weiteres dartut. Sie werden vermutlich das Programm festlegen, mit dem die Regierungspartei im November in die Wahlen gehen wird. Die springenden Punkte sind natürlich die Schuldenfrage und die Reform des Dawesplanes. Noch herrscht keine volle Einigkeit. Der bekannte Bankier James Speyer z. B. hat kürzlich noch in einem Interview nach seiner Rückreise aus Europa erklärt, er halte die Vorschläge zur Kriegsschuldenannullierung zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt für höchst unangebracht. Es ist aber doch wohl zu erwarten, daß sich die amerikanische Regierung im Sinne der Revision in den neuen Wahlen ein Mandat des amerikanischen Volkes zu verschaffen suchen wird. Der Industrie und Großfinanz scheint sie bereits sicher zu sein. Es kommt nur noch auf die Farmer an. Gehen die Wahlen in dem gewünschten Sinne aus, so ist für das Frühjahr mit einer großen Konferenz zu rechnen, für die Thomas W. Lamont, einer der Inhaber der Firma J. P. Morgan & Co., folgendes Programm anregt:

1. Festsetzung einer bestimmten Summe und eines bestimmten Termins für die deutschen Barzahlungen aus dem Dawes-Gutachten;
2. Herabsetzung oder Streichung der deutschen Warenlieferungen an die Alliierten;
3. Einigung über und Unterbringung einer großen internationalen Anleihe, gesichert durch das Dawes-Gutachten, an Frankreich, Belgien und eventuell Italien;
4. Herabsetzung der europäischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten; und
5. Herabsetzung der europäischen Schulden an England.

Amerika erwartet von einer solchen Regelung einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung der ganzen Welt und wäre deshalb zur Aufnahme der Anleihe bereit. Voraussetzung ist aber die Anerkennung des Schuldenabkommens Mellon-Berenger durch Frankreich und die Verständigung zwischen Berlin und Paris über die

politischen und wirtschaftlichen Zugeständnisse, die Frankreich für die deutsche Hilfe zur Stabilisierung des Franken zu machen hätte. Briand ist bekanntlich in direkten Verhandlungen mit Deutschland dazu bereit. Poincaré aber scheint neuerdings durch Preisgabe des bisherigen Widerstandes gegen die Ratifizierung des Mellon-Berenger-Abkommens offenbar um Zugeständnisse an Deutschland herumkommen zu wollen. Daher propagiert Loucheur ja auch noch eine internationale Konferenz. Deutschland muß bei alledem nur zusehen, daß es nicht letzten Endes die ganze Beche bezahlt, selber aber leer ausgeht. Es steht viel auf dem Spiele. Zunächst sei nur betont, daß nach dem ganzen bisherigen Verlauf mit irgendwelchen greifbaren Entscheidungen wohl nicht vor dem nächsten Sommer zu rechnen ist. Man wird nach den amerikanischen Wahlen sicher etwas klarer sehen, aber die tatsächlichen Lösungen brauchen noch Zeit. Die Parole bleibt also: warten!

Unter diesen Umständen ist es dringender denn je nötig, daß die deutsche Wirtschaft im Innern von allem entlastet und befreit wird, was ihr das Durchhalten erschweren müßte. Die Notwendigkeit des Steuerabbaues soll hier nicht noch einmal dargetan werden. Das Thema ist schon genug behandelt. Aber zur Frage des ebenso wichtigen Kampfes gegen den Behörden- und Beamtenhandel sei eine neue Stimme angeführt. Dazu machte ein süddeutscher Geistlicher vor einiger Zeit schon unter besonderer Bezugnahme auf den klerikalen Warenhandel in der Augsburger Postzeitung (14. April d. J.) folgende sehr bemerkenswerte Ausführungen:

... »Niemand ist so auf das Wohlwollen des Volkes angewiesen als die Kirche und die Geistlichkeit«. Wenn gar der Versuch gemacht werden wollte, daß z. B. eine Klerusorganisation die Gewährung von Darlehen von dem Bezuge von Waren abhängig macht, so wäre das, gelinde gesagt, eine schwere Entgleisung. Auch erkennen wir nicht an, daß Wohlfahrtseinrichtungen der Geistlichen durch Einnahmen aus dem Warenhandel subventioniert werden müssen; Wohlfahrtseinrichtungen, die solche Hilfsmittel brauchen, lehnen wir strikte ab. Es muß offen und rückhaltlos ausgesprochen werden, daß sehr weite Kreise des Klerus den Warenhandel priesterlicher Organisationen nur mit banger Sorge verfolgen und den Tag begrüßen, wo er vollständig eingestellt wird. Der Schaden, der aus diesen Geschäften dem Klerus und der Kirche schon erwachsen ist und bei Fortdauer noch erwachsen wird, ist unvergleichlich größer als der angebliche Nutzen und Vorteil... Wärme, besorgte Liebe zu unserm Stand und zu unserer Kirche haben diese Worte niedergeschrieben; ich bin sicher, daß sie ein weitreichendes, zustimmendes Echo finden werden.

Dem Schlußwunsch kann sich auch der Buchhandel anschließen. Er leidet ja ganz besonders unter dieser irrigen Einstellung vieler Kreise. Und was hier zunächst so erfreulich von klerikaler Seite anerkannt ist, das sollte vor allem die Einsicht überall werden. Dann wäre dem Einzelhandel im allgemeinen und dem Buchhandel im besonderen viel geholfen.

Sehr zu begrüßen waren denn auch kürzlich auf dem Kölner Parteitag der deutschen Volkspartei die Ausführungen des Außenministers Dr. Stresemann zur Frage der Bewertung des Sports. Er warnte mit Recht vor einer Überschätzung des Wicpeps, wenn das Volk der Dichter und Denker wirkliche Kulturpolitik treiben wolle. Hoffentlich findet dieser Apell an die Wertung geistiger Leistungen offene Ohren. Auch damit wird dem Buchhandel geholfen; denn die Erinnerung an die Kulturwerte, die gerade im Buch liegen, wird nicht nur die Wertschätzung des Buches erhöhen, sondern auch das Ansehen des Buchhandels fördern. Die körperliche Erkräftigung unseres Volkes braucht darunter nicht zu leiden. Man kann das eine tun, und braucht das andere nicht zu lassen.

Auf seiner Düsseldorfer Tagung neulich hat sich auch der Einzelhandel mit der Frage der Rationalisierung beschäftigt. Besonders beachtet wurde dabei ein Vortrag des früheren Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Prof. Hirsch, der auch vor dem Enquete-Ausschuß kürzlich dieselben Fragen behandelt hat. In Düsseldorf sprach Prof. Hirsch über deutsche und amerikanische Absatzmethoden. Er verwies darauf, daß die große Blüte der amerikanischen Wirtschaft mit auf der außerordentlich weiten Ausbreitung des Kaufes auf Kredit und auf Abzahlung beruhe. Von den Waren, die nicht solche des täglichen Verbrauches seien, würden sehr wahrscheinlich etwa 20